

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

4. Sitzung

20.11.15

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

4. Sitzung

am 20. November 2015

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Güngör (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Herr Dr. Sommer)	von der Senatskanzlei
Frau Sokol)	Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Herr Meyer-Stender)	Vizepräsident des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Frau Otten)	vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Brockmüller)	
Staatsrat Lühr)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Fehren)	
Herr Meyer)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Herr Schneider)	
Herr Dr. Weller)	
Herr Sommer)	
Herr Trottnow)	
Herr Duveneck)	
Herr Kording)	
Herr Hammer)	
Frau Oberdörfer)	
Herr Bauer)	
Frau Schüttrumpf)	
Herr Wagner)	
Herr Kratky)	
Herr Sommer)	
Herr Budrat)	
Frau Rautenberg)	von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Schütte-Thuy)	
Herr Albensoeder)	
Herr Leferink)	vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Rüpke)	
Frau Wolff)	vom Senator für Justiz und Verfassung
Herr Kindscher)	vom Senator für Kultur
Herr Dr. Mackeben)	
Herr Rauscher)	von der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport
Frau Odenkirchen)	vom Senator für Inneres
Herr Casper-Damberg)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Schmidt)	
Herr Peters)	

Herr Winsemann vom Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen

Herr Reetz) von der FDP-Fraktion
Herr Hämpler) von der CDU-Fraktion

Herr Löffler von der Bürgerschaftskanzlei/
Ausschussreferent

Abg. Herr Liess eröffnet die Sitzung um 16.31 Uhr.

Öffentlicher Teil

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, die Tagesordnungspunkte III 2.2 und III 2.3 im nicht öffentlichen Teil, und die Tagesordnungspunkte III 2.2.5 und III 2.6 zu beraten und stellt fest, dass die Finanzverwaltung den Tagesordnungspunkt III 4.3 zurückgezogen hat.

I. Protokoll

1. Protokoll der 2. Sitzung am 18. September 2015

Abg. Rupp merkt zu Anlage 1 des Protokolls an, dass der dort, für die Immobilie Hotel Vegesackerbahnhofsplatz angegebene Preis pro Bett/Nacht nicht stimmen könne. Rechnerisch ergebe sich hier ein anderer Betrag.

Herr Meyer erwidert, dass eine Klärung dieser Frage wegen einer weiteren Anlage zum Protokoll (Anlage 1) erfolgen werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 2. Sitzung am 18. September 2015.

2. Protokoll der 3. Sitzung am 9. Oktober 2015

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 3. Sitzung am 9. Oktober 2015.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 9. Oktober 2015 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts-

und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis und stimmt der vom Finanzressort beantragten Fristverlängerung zu. Zudem bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden oder bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

3. Sonstiges

- keine Vorlagen -

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Haushaltsrisiken 2015 (Vorschlag für ein 2. Lösungskonzept)

- Vorlage 19/44 L -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zu den Haushaltsrisiken 2015 (2. Lösungskonzept) zur Kenntnis und bittet die Sprecher der Fraktionen am Rande der Bürgerschaftssitzungen in der 48. Kalenderwoche einen Termin für eine Sondersitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse abzustimmen.

2.4 Berichtswunsch der CDU-Bürgerschaftsfraktion zum Schreiben der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 1. Oktober 2015 an alle Beschäftigten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zum Interessenbekundungsverfahren (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 2.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/72 S -

- Vorlage wird von der Finanzverwaltung nachversandt -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.2.3, nimmt der Haushalts- und

Finanzausschuss (Stadt) den Bericht der Senatorin für Finanzen vom 17. November 2015 zur Kenntnis.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

- keine Vorlagen -

**4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**

4.1 - entfällt-

**4.2 Antrag auf Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700 T€ zur Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Unibad-Betriebes
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 4.4 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/55 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.4.4, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700 Tsd. € bei der Hst. 0270/894 62-3, an die Universität für die Aufrechterhaltung des Uni-Bades, zu. Die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2016 erfolgt aus den geplanten Mitteln der Hst. 3191/88412-3, an das Sondervermögen Immobilien und Technik für Investitionen zur Sanierung des Unibades an die Bremer Bäder GmbH.

Zum Ausgleich für die zusätzlich erteilte Verpflichtungsermächtigung darf die bei der Hst. 3995/790 10-5, Investitionsreserve, global veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe nicht erteilt werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt, dass der eingeplante Risikoaufschlag (20%) in Höhe von 180 Tsd. € im Rahmen der Barmittelbereitstellung in 2016 bis zur endgültigen Abrechnung gesperrt wird.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet das Ressort sowie den Senator für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, den finanziellen Mittelrahmen für das Vorhaben zwingend einzuhalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet das Ressort, zu gegebener Zeit über die finanziellen Auswirkungen der Unibadschließung zu berichten.

- 4.3 Produktgruppe 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen
Hst. 3687/884 11-5, Investive Zuweisungen an das
Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (BgA)
Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 640
Tsd. €**
- Vorlage 19/56 S -
- Vorlage wird von der Finanzverwaltung nachgereicht -

- 4.4 „Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus"
Leben mit dem Fluss Leben mit der Weser Hochwasserschutz und
neue Stadtqualitäten im historischen Stadt- und Hafengebiet von
Bremen“ (1. BA)
Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Hst.
3708/884 40-4
- Vorlage 19/57 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Gesamtmaßnahme zur Kenntnis und stimmt einstimmig der Ko-Finanzierung des 1. Bauabschnitts „Weiche Kante“ einschließlich der Verlegung des Behördenanlegers mit Kosten in Höhe von 823 Tsd. € aus Eigenmitteln des Sondervermögens Überseestadt zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung der

a) veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle
3696/893 20-8, Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung, für die
Maßnahme „Stadtstrecke“, mit Abdeckung in
2016: in Höhe von 200 Tsd. €
2017: in Höhe von 150 Tsd. €
2018: in Höhe von 200 Tsd. €

b) der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle
3708/884 40-4, An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungen,
zur Absicherung des Bundesanteils der Maßnahme
„Weiche Kante“ in Höhe von
2.805 Tsd. € mit Abdeckung in
2016: in Höhe von 70 Tsd. €
2017: in Höhe von 1.865 Tsd. €

2018: in Höhe von 870 Tsd. € zu.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Produktgruppe 03.01.01 Senat und Senatskanzlei hier: Nachbewilligungen zugunsten zielzahlgesteuerter Personalausgaben (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/58 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.5.3, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP den Nachbewilligungen zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur technischen Umsetzung.

5.2 Nachbewilligung der im Rahmen des "Zweiten Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen" bereitgestellten Mittel für das Bildungsressort“ (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.5 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/59 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.5.5, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Budgetverlagerung gemäß den beiliegenden Nachbewilligungsanträgen der Senatorin für Kinder und Bildung vom 04. November 2015 in Höhe von insgesamt 1.112.689 Euro aus dem „Zweiten Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ aus dem Produktplan 92 (Allgemeine Finanzen) zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss bittet die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Finanzen um die haushaltstechnische Umsetzung.

- 5.3 Maßnahmen zur Einhaltung der Beschäftigungszielzahlen im Personalbereich**
Berichtsbitte des Rechnungsprüfungsausschusses
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/60 S
- Vorlage wird von der Finanzverwaltung nachgereicht -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht der Senatorin für Finanzen zu Maßnahmen zur Einhaltung der Beschäftigungszielzahlen im Personalhaushalt zur Kenntnis und bittet um Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

- 6.1 Gesamtübersicht aller leerstehenden Immobilien des Konzerns Bremen**
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 44 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 6.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/61 S -
- Vorlage wird von der Finanzverwaltung nachgereicht -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.6.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über das Liegenschaftscontrolling (Betreff: Leerstände, Flüchtlingsunterbringung) zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen einstimmig die Leerstandsliste im Rahmen eines kontinuierlichen Controllings fortzuschreiben und vierteljährlich dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) vorzulegen. Bei festgestellter Nichteignung für die Flüchtlingsunterbringung ist diese Nichteignung objektbezogen zu begründen und im Falle von Grundstücksverkäufen in der Vorlage darzustellen, warum diese nicht für eine Flüchtlingsunterbringung geeignet sind.

7. Sonstiges

7.1 Steuerschätzung November 2015 Ergebnisse

- Vorlage 19/62 S -

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 7.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.7.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Steuerschätzung November 2015 (Ergebnisse) zur Kenntnis.

7.2 - entfällt -

7.3 Prämieneinsatz zur Abfederung von Zinsänderungsrisiken künftiger Haushaltsjahre

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 7.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/64 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.7.3, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE dem Einsatz von Zinsminderausgaben als Prämien zur Reduzierung künftiger Zinsausgaben zu.

7.4 Neuausrichtung der IT Unterstützung im Personalbereich der Freien Hansestadt Bremen

hier: Moratorium im Projekt KoPers

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 7.4 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/71 S -

- Die Vorlage wird am 17. November 2015 von der Finanzverwaltung nachversandt -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III.7.4, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht der Senatorin für

Finanzen zum Moratorium im Projekt KoPers zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen nach der vertraglichen Umsetzung des Moratoriums um Vorlage einer Gesamtabrechnung.

IV. Verschiedenes

1. Anmietung Stadtamt und Baumaßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen

Herr Meyer erklärt, in der kommenden Woche werde der Senat zwei Vorlagen beschließen, die einer dringenden HaFA Befassung bedürfen. Eine Beschlussfassung über diese Vorlagen in der Sitzung des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses am 04. Dezember 2015 sei aus Zeitgründen nicht ausreichend, sodass eine Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses bereits in der 48. Kalenderwoche erforderlich sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt Kenntnis und bittet den Ausschussreferenten, eine Beschlussfassung des Ausschusses zu den angekündigten Vorlagen durch Einleitung eines sogenannten Umlaufverfahrens herbeizuführen.

(Schluss des öffentlichen Teils um 16.36 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender